

Westpreussischer Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 24

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 7,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Lans-Broth-Str. 1. Fernr. 5, 2246.

Hamburg, den 12. Juni 1915

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufrieden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

29. Jahrg.

Treu unserm Verband!

Eine Welt von Feinden ist gegen uns und unsere Verbündeten. Da kann uns nichts anderes helfen und den Sieg verleihen als die eigene Kraft. Und auch wirtschaftlich sind wir vom Auslande abgeschnitten. Wir müssen mit dem auskommen, was wir haben, und da kommt es auch an auf die eigene Kraft, auf die feste Entschlossenheit. Von uns, von uns selbst hängt unser Schicksal ab.

Nicht anders ist es auch im Leben der Friedenszeit. Auch da stehen dem einzelnen Feinde gegenüber, Feinde, die sich aus dem Zwiespalt der Interessen ergeben, genau wie im Kriege, und auch da kommt es auf die eigene Kraft an und auf die eigene Entschlossenheit. Kraft aber ist nur möglich durch den Zusammenschluß der Gleichgesinnten, durch die Organisation, so wie jetzt ein einiges, geschlossenes Volk zum Siege nötig ist. Das Schicksal jedes einzelnen ist begründet im Wachsen und Blühen der Organisation, die seine Gedankenwelt herstellt. In der Organisation ruhen für jeden einzelnen des Schicksals Sterne.

Wie der Seemann draußen auf dem wogenden Meere, fern vom Lande, nach den Sternen am dunklen Firmamente seinen Weg nimmt, so müssen wir der Organisation auf unserem Lebenswege folgen. Sie gibt uns den Halt, daß auch wir den rechten Weg im Leben beibehalten: den Weg ins Zukunftsland.

Schon viele vor uns hat die Organisation wie ein leuchtendes Gestirn durchs Leben geführt, hat die Organisation den großen Weg gewiesen, der geradeaus führt, ohne Umwege ins Zukunftsland, und sie haben dann nach Kräften diesen Weg verfolgt und viele mitgerissen von ihren Brüdern und Schwestern.

So sind wir schon ein gut Stück vorwärts gekommen auf unserem Menschheitswege, und wenn auch die dunkle Wolke des Krieges gar manchem die Orientierung genommen: wir werden dem Ziele, wenn die Wolke vorüber, nicht mehr fern sein. Hier und dort bringt bereits ein leichter Schimmer des kommenden Morgenrots in das Auge des Sehenden. Darum heißt es gerade jetzt, getreulich unserm Stern des Schicksals zu folgen, unserer Organisation treu zu sein.

Die Kriegsarbeitsgemeinschaft.

I.

Seit dem letzten Bericht sind über drei Monate verfloßen. In dieser Zeit ist die Tätigkeit der Kriegsarbeitsgemeinschaft anscheinend etwas in den Hintergrund getreten. Das ist auf zwei Vorgänge zurückzuführen. Die lange Dauer des Krieges macht die Einberufung immer neuer Jahrgänge erforderlich, so daß die meisten Bauarbeiter vom 19. bis zum 45. Lebensjahre unter der Fahne stehen, was natürlich dazu beiträgt, daß die Arbeitslosigkeit der Dabeingeblichen immer mehr zurückgeht und zeitweise in einzelnen Branchen sogar ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften herrscht. Zum andern ist der erste Teil der Tätigkeit des Zentralausschusses und der Bezirks- und Ortsausschüsse erledigt. In die in Betracht kommenden Behörden und Körperschaften sind die Eingaben gerichtet, die unsere Vorschläge und Anregungen enthalten. Zumeist sind diese Wünsche noch durch mündlichen Vortrag nachdrücklich unterstützt worden. Beide Tatsachen sind geeignet, einen gewissen Ruhepunkt in der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft eintreten zu lassen. Aus dieser Darstellung ergibt sich von selbst, daß keine Störung in dieser Tätigkeit eintreten darf. In einigen Bezirken wird bereits die Befürchtung laut, daß die wenigen vorliegenden — fast nur öffentlichen — Bauten der Vollendung entgegengehen und neue Arbeit nicht in Aussicht steht. Es gilt zu untersuchen, welche Maßnahmen für die Zeit des Kriegsabbruchs und gleich danach zu treffen sind. Auch müssen die Maßnahmen besprochen werden, die infolge der eingegangenen Antworten auf unsere Eingaben zu ergreifen sind.

In der Zeit, die seit dem letzten Bericht vergangen ist, sind wieder eine größere Anzahl Vorgänge zu unserer Kenntnis gekommen, die als erfreuliche Erfolge der Tätigkeit der Kriegsarbeitsgemeinschaft gebucht werden können. In diesem Bericht sollen aber auch einige Widerstände und Hemmnisse vorgeführt werden. Ich hoffe, daß durch die offene Besprechung diese Mängel beseitigt werden.

Die Eingaben des Zentralausschusses sind zum Teil beantwortet worden. Diese Antworten sind bereits in den Nummern 21, 22 und 23 des „Westpreussischen Anzeigers“ laufend veröffentlicht worden. Die Eingaben der Bezirks- und Ortsausschüsse erlebten ein verschiedenes Schicksal. Ein Teil erfuhr eine sehr wohlwollende Aufnahme. Von diesem ist der größte Prozentsatz auch von einem erfreulichen praktischen Erfolge begleitet gewesen. Einzelne zentrale und kommunale Behörden haben getan, was in ihren Kräften stand; dagegen muß von andern gesagt werden, daß mehr Worte als Taten gegeben wurden. Aus andern Worten muß geschlossen werden, daß die antwortgebenden Körperschaften der so wichtigen sozialen Frage kaum die ihr zukommende Bedeutung beigelegt haben. Hier einige Proben:

Auf Ihr Schreiben vom ... teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß Bauten in hiesiger Gemeinde nicht auszuführen sind.

Ein Landrat:

Seitens des Kreises ... sind weder dringliche Bauten auszuführen noch liegen irgendwelche Projekte für dringende Arbeiten vor.

Ein Magistrat:

Auf das gefällige Schreiben vom ... teilen wir ergebenst mit, daß die Ausführung öffentlicher Bauten hierorts für die nächste Zeit nicht geplant ist.

Diese Körperschaften gehen mit keinem Worte auf die Anregungen und Vorschläge der umfangreichen Eingaben ein und weisen anscheinend das tiefere Eindringen in das Problem der Arbeitsbeschaffung mit einem kühlen Satz von sich. Eine größere Anzahl von Eingaben sind gänzlich ohne Beantwortung geblieben. Zu denen, die nicht antworteten, gehören die Regierungspräsidenten in Aachen, Stade und Osnabrück, die Staatsministerien in Oldenburg und Altona, sämtliche Orte der Kreishauptmannschaft Chemnitz, bis auf zwei Ausnahmen, und andere.

Auch einige Bezirksorganisationen des Deutschen Arbeiterbundes lassen das erforderliche Interesse für die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft vermissen. So der Landesverband Württemberg. Dieser Verband schließt aus gewissen Vorgängen, daß im Hinblick auf die Erweckung einer privaten Bautätigkeit in Württemberg alle Anstrengungen vergeblich wären. „Aus diesem Grunde konnte sich der Ausschuss unseres Landesverbandes bislang nicht zur Gründung eines Bezirksausschusses für eine Kriegsarbeitsgemeinschaft erörtern.“ So war es im Januar und so ist es noch heute. — Der Bezirksarbeiterverband für die Provinz Sachsen und Anhalt betrachtet seine Beteiligung an der arbeitgemeinschaftlichen Tätigkeit nicht als eine soziale Pflicht im Interesse des Baugewerbes und darüber hinaus für das gesamte Volkwohl, sondern als eine Belohnung für das Wohlverhalten der organisierten Maurer und Hilfsarbeiter. Da diese Leute bei einigen im Bezirk zu erbauenden großen Kriegsbauten eine Kriegszulage als Ausgleich für hohe Lebensmittelpreise und als Ausbühung für besondere Ausgaben ortsfremder Arbeiter gewünscht und mit den ausführenden Baufirmen vereinbart haben, ist er wegen angeblicher Verletzung des Tarifvertrages empört und verweigert um deswillen die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft. Hierdurch ist für das gesamte Baugewerbe die im Interesse des Gemeinwohls liegende soziale Tätigkeit bisher vereitelt worden.

Ähnlich handelt die 5. Ortsorganisation in Oldenburg. Dort mußte der bereits gebildete Ortsausschuss wieder aufgelöst werden, weil die Unternehmer des Baugewerbes vorher eine Vertragsdifferenz ihres Gewerbes erledigt wissen wollten. Im weiteren fehlt es noch an den Bezirksausschüssen für Ostpreußen und für das Saargebiet und an

Ortsausschüssen für recht bedeutende Orte, von denen unter andern zu nennen sind: Grimmitzschau, Plauen i. V., sämtliche Orte Westpreußens bis auf Elbing, München-Glabbech, Norden, Nordensham und sämtliche Orte der vorgenannten Bezirke, für die Bezirksausschüsse noch nicht bestehen. In manchem Orte fehlt es heute an den geeigneten Personen; aber zur Zeit, als die Arbeitsgemeinschaft begründet werden sollten, war dieser Grund nicht oder nur in wenigen Fällen gegeben. In dem großen Wirtschaftsgebiet Rheinland-Westfalen-Bielefeld haben auf Wunsch der Unternehmer die bereits in Tätigkeit getretenen Bezirksausschüsse ihre Tätigkeit für die fernere Dauer des Krieges eingestellt. Die Vertreter der Arbeiterzentralverbände mußten sich schließlich damit einverstanden erklären, da man bekanntlich zur Siebe niemand zwingen kann. Mit der Beendigung des Krieges sollen die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Der Hauptgrund für dieses Verhalten ist hier wie in manchem andern Bezirk, daß zurzeit Arbeitslosigkeit nicht vorhanden ist; die Erfüllung der andern Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft erscheint den Betreffenden nicht so wichtig.

In diesem Zusammenhang möge der folgende Vorgang Erwähnung finden: In einer Sitzung des Bezirksausschusses in Essen wurde der engere Ausschuss beauftragt, eine Eingabe an die großen Industriewerke zu richten mit dem Ersuchen, wenigstens während der Kriegsdauer bei der Regiearbeit den Tariflohn zu zahlen. Die im engeren Ausschuss vertretenen Mitglieder der Arbeitgeber erklärten aber: da machen wir nicht mit, und unsere Namen können wir dazu nicht hergeben. Auf Vorhaltungen, daß die Arbeiterorganisationen sich doch wiederholt an die Arbeiterorganisationen gewandt und verlangt hätten, daß diese Werke zur Einhaltung der Tariflöhne veranlaßt werden sollten, erklärten sie, daß sie grundsätzlich eine solche Eingabe nicht unterstützen könnten und daß sie auch die Arbeiterverbände in Zukunft mit solchen Beschwerden verschonen würden.

Was die private Bautätigkeit betrifft, so nimmt sie mit der Länge des Krieges immer mehr ab. Nur einige Städte bilden eine Ausnahme, in denen besondere lokale Verhältnisse es bedingen. In den ersten Frühjahrsmonaten wurden die aus dem Vorjahre und Winter stammenden Bauten fertiggestellt. Es handelt sich meist um Puz- und innere Arbeiten oder sonst notwendig gewordene Umbauten und Reparaturen. „Zurzeit ruht die private Bautätigkeit fast allgemein.“ So und ähnlich lauten die Berichte aus allen Landesteilen, aus großen und kleinen Orten und aus den Landgebieten. Besonders aus letzteren, und unter diesen wieder aus Mecklenburg, wird die Lage recht trostlos geschildert. Die Großgrundbesitzer und die Bauern halten mit der Arbeit zurück, obgleich hier die Dinge, besonders in der Geld- und Hypothekenfrage, nicht so ungünstig liegen wie für den städtischen Bauherrn. An den zu Beginn des Krieges stillgelegten Bauten sind die Arbeiten zum größten Teil wieder aufgenommen und ihrer Vollendung entgegengeführt worden. Es liegen aber auch noch eine erhebliche Anzahl Bauten still. So zum Beispiel in Stettin fünf große Wohnhäuser, da die Besitzer weder Baugelder noch Hypotheken bekommen konnten. In Westpreußen sind Anstellungsbauten in größerem Umfang nicht wieder aufgenommen. In Posen Wohnhäuser und Umbauten. Das gleiche gilt für Leipzig, Dresden, Chemnitz, Meerane, Reichenhall, Altona, Magdeburg, Halle, Aschersleben und Helmstedt. In Stuttgart ruht die Arbeit an 52 Wohnhäusern und Umbauten, in Hannover an 3, Braunschweig 1, Erfurt 4, Pforzheim 13, Karlsruhe 7 und Heidelberg 2. In letzterem Orte sind zurzeit nur zwei kleinere Bauobjekte vorhanden, und in Weinheim fehlt es überhaupt an jeder Arbeit. Die Bauarbeiter haben in andern Industrien Unterkommen suchen müssen. Im rheinisch-westfälischen Gebiet liegen noch eine erhebliche Anzahl Privatbauten still, insbesondere viele Bauten der großen Werke und unter diesen besonders die neueren Werke, die mit ausländischem Kapital gespeist werden.

Unter vielen andern beschäftigt sich auch der Ortsausschuss in Mannheim mit der Feststellung der liegen-

gebliebenen Bauten, um womöglich deren Fortführung zu erlangen, was ihm auch in drei Fällen gelang. Als Ursache der Stilllegung stellte er fest: die Einberufung der Unternehmer, vor allem aber der Mangel an Hypothekengeldern. Um die schwierige Hypothekenbeschaffung zu bessern, wurden mit den hauptstädtischen Geldinstituten und der städtischen Sparkasse Besprechungen eingeleitet. Ein Direktor der letzteren erklärte, daß sie eigentlich viel weiter gingen als andere Banken, die während des Krieges überhaupt keine Baubjekte beliehen. Auch seine Bank könne nur Hypotheken gewähren von 35 bis 50 pSt. Die Sparkasse gewährt noch Geld bis zur Höhe von 60 bis 70 pSt. des Tagwerkes, ist aber auch beschränkt durch den Mangel an Mitteln, da hohe Summen für die Kriegsanleihen bereitgestellt wurden. Unter diesen Umständen ist die private Bautätigkeit sehr erschwert, ja fast unmöglich geworden. Ende 1914 waren bereits 100 Baubjekte genehmigt, von denen aber unter den geschilberten Verhältnissen die meisten noch der Ausführung harren. Aus diesem Beispiel ist ersichtlich, wie durch das Verstreuen der Geldquellen die Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit leidet. Aus allen Teilen des Landes gehen die gleichen Klagen ein.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Mit einer gewissen Bangigkeit blickte man der Entwicklung der Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe für das laufende Jahr entgegen. Man glaubte kaum, daß die Beschäftigung eine Steigerung erfahren werde. Aber gewisse Symptome lassen nun doch darauf schließen, daß die Arbeitsgelegenheit auch im Baugewerbe im laufenden Frühjahr eine Zunahme erfährt. Vor allem hat sich die Zahl der offenen Stellen für Bauarbeiter an den öffentlichen Arbeitsnachweisen während des Monats März nicht unerheblich vermehrt. Des weiteren hat aber auch der Andrang am Arbeitsmarkt ziemlich kräftig nachgelassen; stellte er sich im Februar noch auf 252,1, so ging er im März bis auf 167,8 herunter. Das ist ein Andrang, der fast an normale Zeiten erinnert. Die folgende Tabelle spiegelt die Bewegung der Andrangsziffer im Baugewerbe für das Deutsche Reich in den einzelnen Monaten der Jahre 1910 bis 1915 wider:

Monat	1910	1911	1912	1913	1914	1915
Jan.	499,49	396,58	458,88	580,58	921,72	388,55
Febr.	342,27	364,60	357,14	382,66	428,33	252,15
März.	167,58	101,00	160,96	261,18	181,08	167,78
April	146,78	128,91	144,44	198,21	135,69	—
Mai	182,00	116,43	143,31	212,15	137,33	—
Juni	159,26	124,86	130,46	185,38	145,87	—
Juli	186,57	117,75	189,24	197,50	148,62	—
August	145,29	125,88	148,44	219,41	811,19	—
Sept.	134,94	100,93	128,92	168,51	204,97	—
Okt.	199,45	141,53	163,30	228,28	208,78	—
Nov.	236,11	206,20	252,70	436,71	266,69	—
Dez.	277,78	266,82	296,31	542,58	246,68	—

Freilich darf aus dem Andrang und aus der Steigerung der Nachfrage nicht auf eine lebhaftere Bautätigkeit geschlossen werden. Davon kann natürlich keine Rede sein. Die Bautätigkeit muß im großen und ganzen nach wie vor als matt bezeichnet werden. Indes, auch die Grade der Mattigkeit sind verschieden. Die Arbeitsgelegenheit ist immerhin so umfangreich, daß die noch verfügbaren Arbeitskräfte zwar nicht sämtlich beschäftigt werden können, aber doch insoweit tätig sind, daß das unbeschäftigte Ueberangebot am Arbeitsmarkt nicht größer ist als in früheren Jahren. Das ist immerhin eine beruhigende Wahrnehmung, die auch für die nächsten Monate befriedigende Aussichten eröffnet. Außer den Einberufungen zum Heer in das Gesamtangebot von Arbeitskräften im Baugewerbe dadurch noch niedriger geworden, daß zahlreiche Bauarbeiter in andern Berufen lohnende Beschäftigung gefunden haben. Auf diesen Berufswechsel weist vor allem der schlesische Arbeitsnachweisverband in seinem Situationsbericht für den Monat März hin. Im Berliner Baugewerbe herrscht noch mehr oder minder Stillstand, ebenso in den meisten Städten der Provinz Brandenburg; eine Ausnahme macht Guben. In der Provinz Sachsen holen für Bauhandwerker und Bauarbeiter fiskalische, kommunale und Fabrikweiterungsarbeiten reichliche Arbeitsgelegenheit, so daß die Beschaffung der verlangten Arbeitskräfte mehrfach kaum möglich war. In Hannover, Braunschweig und Oldenburg ist der Beschäftigungsgrad gering, aber trotzdem eine leichte Besserung unverkennbar. In Schleswig-Holstein blieb das Geschäft bei zeitweiser Beeinträchtigung durch Carneval und Frost noch ruhig. In Hessen und Hessen-Raffau ist der Geschäftsgang matt. Nach einem Bericht der Baupolizei in Frankfurt a. M. war die Lage im ersten Viertel dieses Jahres ungünstiger als im vorhergehenden, was selbstverständlich ist. Auch in Gießen und Offenbach war die Bautätigkeit schwach. Trotzdem blieb die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sehr niedrig. An mehreren Orten war sogar hier und da Mangel. In Westfalen brachte der März eine merkliche Besserung; die offenen Stellen konnten nicht alle besetzt werden. In den Rheinlanden ist die Nachfrage nach Maurern besonders bemerkenswert. Es werden größere Objekte ausgeführt, für die tüchtige Facharbeiter verlangt werden. In den umfangreichen Arbeiten im Tiefbau fehlte es andererseits an den erforderlichen Arbeitskräften. In Bayern ist im März ebenfalls eine Besserung eingetreten, die den Andrang am Arbeitsmarkt sogar ziemlich kräftig herabgedrückt hat. Ebenso läßt sich in Württemberg die Besserung nicht verkennen: Hier waren zum Beispiel im März Bauarbeiter und Erdbauer ziemlich gesucht. Regere Tätigkeit ist zum Beispiel in Ulm, Weisbrunn u. a. eingetreten, wodurch Maurer und Zimmerleute sehr begehrt wurden. Aus Baden wird berichtet, daß, obwohl die private Bautätigkeit den Verhältnissen entsprechend fast ganz ruhe, einzelne Berufe dennoch gut beschäftigt sind.

So waren in Bruchsal und Rastatt Zimmerleute und Glaser teils für Barackenbau, teils für Wagenbau in der verlangten Zahl nicht beizubringen. Karlsruhe stellte bei den Maurern einen auffallenden Rückgang von Angebot und Nachfrage fest. In Elsaß-Lothringen endlich hat sich die Lage nicht verbessert, sondern sehr deutlich weiter verschlechtert: Der Andrang, der im Januar ausnahmsweise niedrig war, hat sich schon im Februar, aber auch noch im März auf eine Höhe gesteigert, die auf die Gestalt der Arbeitsgelegenheit nur einen ungünstigen Schluß zuläßt.

Entsprechend der günstigen Veränderung der Gesamtandrangsziffer im Baugewerbe erfuhr die Arbeitsmarktlage in den einzelnen Berufsgruppen eine mehr oder minder erhebliche Besserung während des Monats März 1915. Die folgende Uebersicht läßt die Bewegung der Andrangsziffer in den verschiedenen Gruppen im Monat März dieses und des vorigen Jahres erkennen. Es kamen durchschnittlich auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

Berufsgruppen	1914 Februar	1914 März	1915 Februar	1915 März
Maurer, Fuher, Stukkateure	887,96	277,79	308,40	198,18
Zimmerer, Treppenhauer	649,85	311,99	219,92	166,93
Malier, Anstreicher, Lackierer	360,81	107,97	296,96	133,51
Glaser	492,42	856,22	475,58	241,58
Uebrige gelernte Berufe	742,14	895,87	809,84	248,50
Erdbauer, Baualtagelöhner, Ganblanger	228,54	210,02	89,58	68,37

Den stärksten Rückgang der Andrangsziffer wiesen die Gruppen Glaser, Malier und Maurer auf: Hier ging die Andrangsziffer gegen den Vormonat Februar um mehr als 100 zurück.

Was zunächst im besonderen die Gruppe Maurer, Fuher, Stukkateure anbelangt, so war hier im Monat März eine merkliche Besserung der Arbeitsmarktlage wahrzunehmen. Bei den berichtenden Arbeitsnachweisern meldeten sich während des Berichtsmonats durchschnittlich auf je 100 offene Stellen 193,13 Arbeitsuchende gegen 308,40 im vergangenen Monat; die Erleichterung beträgt somit nicht weniger als 115,27. Die Schwankungen der Andrangsziffer seit Kriegsausbruch veranschaulicht die folgende Zusammenstellung:

Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
148,96	428,98	324,19	217,67	220,61	209,64	346,48	308,40	198,18

Die günstige Veränderung des Andrangsniveaus im Berichtsmonat wurde durch eine vermehrte Nachfrage bewirkt, der andererseits ein verringertes Angebot gegenüberstand. Bei den an die Berichterstattung angeschlossenen Nachweisern meldeten sich nämlich im März 5873 Arbeitsuchende gegen 6899 im Vormonat. Geringer nahm die Zahl der offenen Stellen von 2287 auf 3041 zu. In den einzelnen Landesstellen erreichte die Besserung des Arbeitsmarktes naturgemäß einen verschiedenen Umfang.

In der Gruppe Zimmerer und Treppenhauer machte die Besserung der Arbeitsmarktlage, die im Vormonat nach der starken Verschlechterung im Anfangsmonat des Jahres 1915 eingetreten war, während des Berichtsmonats wesentliche Fortschritte. Der durchschnittliche Andrang bezifferte sich auf 166,93, was einer Abnahme der Verhältniszahl um 53,99 gegen den Monat Februar entspricht. Die Gestalt der Verhältnisse am Arbeitsmarkt für Zimmerer seit Kriegsausbruch ist aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich, die die Bewegung der monatlichen Andrangsziffer wiedergibt:

Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
160,19	119,02	123,15	152,01	162,06	189,35	289,90	219,92	166,93

Auch hier rührt die Besserung der Situation für die Arbeitnehmer daher, daß im Berichtsmonat einer verstärkten Nachfrage an Arbeitskräften ein schwächeres Angebot gegenüberstand. Die Zahl der Arbeitsuchenden ermittelte sich nämlich bei den berichtenden Arbeitsnachweisern im Monat März insgesamt auf 3984 gegen 4207 im vorangegangenen Monat, in dessen die Nachfrage, ausgedrückt durch die offenen Stellen, von 1913 auf 2401 zunahm.

Im Monat März pflegt die Arbeitsmarktlage im Malergewerbe eine durchgreifende Besserung zu erfahren. Dies war auch im laufenden Jahre der Fall, wenn auch die Erleichterung nicht ganz so stark war wie in manchen der vorangegangenen Jahre. Der durchschnittliche Andrang bezifferte sich im Monat März 1915 auf 133,51 gegen 296,96 im Vormonat. Es ist somit eine Abnahme der Andrangsziffer um 163,45 eingetreten, in der Parallelzeit des Vorjahres war eine solche um 252,64 zu beobachten gewesen. In den verfloßenen acht Kriegsmonaten gestaltete sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage folgendermaßen. Es kamen durchschnittlich auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
143,38	501,37	181,84	250,72	556,19	400,11	582,74	296,96	133,51

Die Zahl der Arbeitsuchenden ermittelte sich im Monat März bei den berichtenden Arbeitsnachweisern auf 7463 gegen 6447 im Vormonat, das Angebot nahm mithin etwas zu. Ungleich stärker stieg hingegen die Nachfrage nach Arbeitskräften: Gemessen an den offenen Stellen ergab sich hier eine Zunahme von 2171 auf 5590. Die Zahl der offenen Stellen war demnach mehr als doppelt so groß als im Vormonat. Aus einem Vergleich der Andrangsziffern im Monat März dieses und des vorigen Jahres resultiert eine Spannung von 25,54 zuungunsten des laufenden Jahres. Demgemäß weist die Mehrzahl der Landesstellen im Berichtsmonat noch eine höhere Andrangsziffer als

im März 1914 auf. Die Gebietsstellen, in denen dies der Fall ist, sind in der folgenden Zusammenstellung genannt:

Landesteile	1914 Februar	1914 März	1915 Februar	1915 März
Brandenburg mit Berlin	240,52	88,48	187,04	118,49
Sachsen	350,56	110,18	316,87	197,84
Schleswig-Holstein	1089,23	128,29	251,28	245,45
Hannover	198,29	85,56	229,36	115,58
Westfalen	627,81	120,98	200,00	129,84
Hessen-Raffau	1086,58	158,17	380,68	161,76
Rheinland	244,87	97,07	207,16	119,07
Bayern	812,61	174,72	790,35	252,52
Königreich Sachsen	623,73	99,12	688,94	182,11
Württemberg	581,05	145,71	390,00	174,89
Baden	541,26	117,98	268,56	129,74
Bremen	118,33	85,05	306,06	111,54
Hamburg	158,87	89,65	368,48	106,87
Elsaß-Lothringen	591,49	151,39	487,50	404,35
Deutsches Reich	360,61	107,97	296,96	133,51

Gegen den Vormonat hingegen ist in sämtlichen Landesstellen eine Besserung der Arbeitsmarktlage im Malergewerbe eingetreten. Das gleiche gilt auch für die folgenden Gebiete, die außerdem auch im Vergleich zum Vorjahre eine günstigere Gestalt der Verhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage aufwiesen:

Landesteile	1914 Februar	1914 März	1915 Februar	1915 März
Ost- und Westpreußen	288,89	416,67	250,00	187,50
Pommern	1075,00	207,14	547,89	201,51
Posen	1738,88	104,25	321,48	93,88
Schlesien	213,45	867,09	852,94	116,00
Hessen	1823,81	168,22	615,00	144,74

Von unsern Kollegen im Felde.

Der Kollege Otto Winter, Mitglied der Filiale München, Wägelwägel im Bayerischen Infanterie-Regiment Nr. 17, Ritter des Eisernen Kreuzes, hat neuerdings das Braunschweigische Kriegsverdienstkreuz erhalten. — Von Wilhelmshaven wird uns berichtet, daß der Kollege Theo Solberg, früher Mitglied der Filiale Hamburg, das Eisene Kreuz zweiter Klasse wegen Tapferkeit vor dem Feinde erhalten hat. — Von Bremerhaven erhalten wir die Mitteilung, daß unser Mitglied Hermann Dahle mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und gleichzeitig zum Unteroffizier befördert wurde. — Von Straßburg wird uns gemeldet, daß der Kollege Franz Duske, Ersatzreserveoffizier, das Eisene Kreuz zweiter Klasse erhalten hat.

Aus unserm Beruf.

Facharbeitenachweis für das Maler-, Lackierer- und Weißbindergerber in Wiesbaden. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1914/15 (1. April bis 31. März) zeigt deutlich die Einwirkungen des Krieges auf die Vermittlungstätigkeit des Nachweises. Arbeitsgesuche waren nur 1176 gegen 1824 des Vorjahres zu konstatieren, während nur 477 Aufträge auf offene Stellen gegen 965 des Vorjahres einliefen. Besetzt wurden 448 offene Stellen (893 im Vorjahre), darunter 54 bei auswärtigen Arbeitgebern. Von 100 offenen Stellen wurden 90 besetzt und auf 100 offene Stellen kamen durchschnittlich 250 Arbeitsuchende.

Zur Arbeitsbeschaffung im 3. Bezirk.

Unsere Berufs Kollegen wurden bei Ausbruch des Krieges in der Mehrzahl der Orte in besonders großem Umfang von Arbeitslosigkeit heimgesucht. Die kurzfristige Auffassung des Publikums und das unverständliche Verhalten einzelner Baubehörden ließ eine Besserung kaum erwarten. Die getroffenen Vereinbarungen unseres Vorstandes mit dem Arbeitgeberverband über die Vinderung der Arbeitslosigkeit bewirkten zunächst, daß wenigstens einige Stadtverwaltungen die eingestellten Arbeiten wieder fortführten; auch wurden Renovierungsarbeiten von neuem vergeben. Dies bot immerhin für einen geringeren Teil der Beteiligten Verdienstmöglichkeiten. Schon aus diesen Gründen wurde das allgemeine Bestreben der Kriegsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe — auf die einzelnen Staats- und Provinzialbehörden einzuwirken, damit diese die bereits genehmigten Bauten mit Beschleunigung ausführen und weitere Mittel zum Bauen bereitstellen sollten — von unserer Seite lebhaft unterstützt. Die eingeleiteten Ausschüsse haben es sich auch zur besonderen Aufgabe gemacht, einen wirkungsvollen Einfluß auf das private Publikum auszuüben. Ohne auf die ergriffenen Maßnahmen im einzelnen einzugehen, kann festgestellt werden, daß in einer größeren Zahl von Orten nennenswerte Erfolge erzielt wurden. Im folgenden soll besonders auf die Schwierigkeiten hingewiesen werden, die sich fortgesetzt in den Weg stellen. Bei einem Teil der Behörden wurde unserm Bestreben erst durch wiederholtes Bemühen und persönliches Vorfeststellen der Ausschüsse das nötige Verständnis entgegengebracht. Daß in den Orten, wo die Ortsausschüsse sich der ihnen übertragenen Pflicht nicht hinreichend bewußt waren, wo die Parteien nicht in der nötigen Gemeinschaft zu arbeiten vermögen, oder wo man es überhaupt an dem nötigen Ernst fehlen ließ, die an die Behörden gerichteten Eingaben gleichgültig beurteilt wurden, war danach unausbleiblich. Als Beispiel dafür sei hier das Antwortschreiben einer großen einflussreichen Baubehörde mit angeführt. Diese antwortete: „Die staatlichen Bauausführungen haben während des Krieges einen ungehörigen Verlauf genommen und sind bei Vergebung (!) der Arbeiten keine Schwierigkeiten eingetreten. Der zeitweise Mangel an Arbeitskräften hat auch zu nennenswerten Anzuträglichkeiten nicht geführt. Im übrigen müssen wir es dem Unternehmer überlassen, sich die erforderlichen Arbeitskräfte zu beschaffen.“ Diese Antwort versteht man erst richtig, wenn man weiß, daß die gleiche Behörde weitere Ermüdung darüber eingelegt hat, ob die Kriegsgemeinschaft eine Aktiengesellschaft oder eine Genossenschaft

mit beschränkter Haftpflicht sei. Und das, obgleich sämtliche Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Bauberufe die eingereichten Eingaben unterzeichnet hatten.

Ob die Landratsämter über die bestehenden wirtschaftlichen Organisationen besser orientiert sind, läßt sich schwerlich feststellen, denn von diesen hat nicht ein einziges den Bezirksausschuß einer Antwort gewürdigt. Dabei stelle man in Vergleich, daß der Staatssekretär Dr. Delbrück nach seinen eigenen Worten die feste Überzeugung gewonnen hat, daß die Gewerkschaften Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist. Zahlreiche Behörden haben die verdienstliche Wirksamkeit der Organisationen der Bauberufe in bezug auf die Arbeitsbeschaffung lobend anerkannt.

Infolge der fortgesetzten Einberufung zum Militärdienst war es unausbleiblich, daß sich in einzelnen Gewerben ein zeitweiser Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machte. Dies benutzten einzelne Behörden, um das Vorhandensein einer Arbeitslosigkeit allgemein zu bestreiten. Daß es gar mancher Stadtgemeinde an den nötigen Mitteln fehlt, daß in dieser Zeit schwer Gelder zu beschaffen sind, sind Gründe, die wohl gewürdigt werden müssen. Daß aber kapitalkräftige Städte aus Sparhamtsrücksichten allein an Volksschulen für mehrere hunderttausend Mark Malerarbeiten zurückstellen, obwohl eine übergroße Zahl von arbeitslosen Malergehilfen am Orte ist, das ist nicht zu rechtfertigen. Auch in einer wohlhabenden Landgemeinde war der Neubau eines Schulhauses beschlossen. Wegen baldiger Finanzgriffnahme wandte sich der Bezirksausschuß an den zuständigen Rittergutsbesitzer. Daraufhin erhielt er als Antwort den Bescheid, daß der Bau des Schulhauses überhaupt zurückgestellt werden müßte, weil der junge Lehrer nicht heiraten will. Hierbei etwa vermittelnd eingegriffen, gehört nach den aufgestellten Richtlinien allerdings nicht zu den Kompetenzen der Kriegsarbeitersgemeinschaft.

In einzelnen Stadtverwaltungen scheint jetzt die Meinung vorherrschend zu sein, daß für die nächsten Jahre mit einem wesentlichen Rückgang der Kinderzahl zu rechnen ist. Darum wendet man in vielen Orten jetzt eine besondere Sparfahigkeit bei den Volksschulbauten an. So wurde in einer Stadt bei einem beschlossenen Schulhausneubau, wo die geeigneten Entwürfe bereits genehmigt waren, die Finanzgriffnahme aus dem Grunde abgelehnt, weil an der Gesamtzahl der in Aussicht genommenen Kinderzahl noch 87 fehlen. Trotzdem ist aber die vorhandene Zahl bereits so hoch, daß jetzt auf jede zu errichtende Klasse 85 Schüler respektive Schülerinnen entfallen würden. Es haben weiter einige Behörden die Fortführung öffentlicher Bauten mit der Begründung abgelehnt, daß der zuständige Architekt oder Zeichner zurzeit im Kriege ist. Als solche Gründe kann man in dieser ernstlichen Zeit sicher nicht als stichhaltig gelten lassen. Wenn der Zufall wollte, daß einer dieser Herren aus dem Felde nicht wieder zurückkehrt, so müßten diese Bauperle überhaupt zurückgestellt werden.

In weit höherem Maße treten die Hindernisse bei dem Bestreben, die private Bautätigkeit zu beleben, hervor. Wohl bildet den Hauptgrund die Mangelhaftigkeit und der Zweifel über den Ausgang des Krieges. Dann aber ist die Schwierigkeit über die Beschaffung von Baugeldern nicht ohne Einfluß. Hier kann zunächst nur dadurch Abhilfe geschaffen werden, daß die großen Versicherungsanstalten Baugelder zu günstigen Bedingungen und mäßigen Zinssfuß abgeben. Unser Ausschuß steht darum mit der Landesversicherungsanstalt in Unterhandlung. Es besteht die Hoffnung, daß hierdurch ein Erfolg erzielt wird. Dann muß aber verlangt werden, daß die Baubehörden nicht wieder unnütze Schwierigkeiten bereiten. Von solchen kann man sprechen, wenn man folgenden Fall berücksichtigt: Ein Maurermeister will von einer Gemeinde einen größeren Bauplatz kaufen, um dort kleine Wohnbauten zu errichten. Die Baugelder sind vorhanden, die Stadtvertretung hat die Abtretung des Grundstückes zu dem angebotenen Kaufpreis gutgeheißen. Der Amtshauptmann als oberste Instanz erklärt gleichfalls sein Einverständnis. Weil trotzdem die Umschreibung des Grundstückes nicht erfolgte, somit ja auch nicht die Bauarbeiten in Angriff genommen werden konnten, wurde hierüber Beschwerde geführt. In der eingegangenen Antwort wird als Grund angeführt: „Das Umschreiben des Grundstückes verursacht viel Schreiberei; diese kann nicht erledigt werden, weil die Leute sowieso genug zu schreiben haben.“ In anderen Stellen hat sich bei Ausführung von Neubauten gezeigt, daß die Beschaffung von Rohmaterialien auf große Schwierigkeiten stößt. Vielfach fehlt es auch an den Transportmöglichkeiten, weil die vorhandenen Gespanne vorwiegend in der Landwirtschaft benötigt werden. Sofern also die Rohbauten nicht jetzt in Angriff genommen werden, so besteht für unser Gewerbe in diesem Jahre keine Arbeitsmöglichkeit. Weil somit sich keine besonderen Aussichten bieten, so gibt es auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung, die ohne Zweifel die beste Arbeitslosenfürsorge darstellt, noch recht viel zu tun. Dies vor allem dann, wenn man allerorts Vorsofrage trifft, daß heute schon die nötigen Vorarbeiten fertiggestellt werden, um, wenn unsere Krieger zurückkehren, auch diesen hinreichende Arbeitsgelegenheit bieten zu können.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Königsberg i. Pr. Auf seiner letzten Agitationstour, die unsern Bezirksleiter, Kollegen Jafobeit, auch nach unsern Ort führte, hielt derselbe in einer Mitgliederversammlung einen längeren, sehr belehrenden und interessanten Vortrag über: „Die Lage unserer Kollegen während und nach dem Kriege.“ In seinen Ausführungen wies er zunächst auf die wirtschaftliche Lage unserer Berufsleute bei Beginn des Krieges hin, die sehr schlecht war. Erst später sei eine Besserung in unserm Berufsleben eingetreten. Vielfach jedoch haben unsere Kollegen ihren Broterwerb in andern Branchen suchen müssen. Weiterhin zerstörte er durch seine Ausführungen die Illusion vieler Kollegen, die durch den Krieg ein Aufblühen unseres Berufes erwarteten. Wenn die Zeit nach dem Kriege von 1870/71 herangezogen wird, dann sei daran zu erinnern, daß der jetzige Krieg nicht in Vergleich zu ziehen sei mit dem von 1870/71. Auch habe damals der sogenannte Aufschwung erst einige Jahre nach Beendigung des Krieges eingesetzt, dem aber bald ein wirtschaftlicher Niedergang folgte. Nach Beendigung dieses

Krieges wird die Arbeiterschaft und werden besonders unsere Kollegen alles daran setzen müssen, um ihre Organisation so zu gestalten, daß dieselbe in der Lage ist, den gesteigerten Lebensbedingungen entsprechend ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Verwerflich sei die Ansicht derjenigen, die da glauben, jetzt im Kriege ihre Organisationszugehörigkeit aufgeben zu können. Jedenfalls sind wir unsern im Felde stehenden Kollegen schuldig, alles daran zu setzen, um das unter Opfern Errungene hochzuhalten. Kollege Jafobeit wies in seinen weiteren Ausführungen auch darauf hin, daß unsere Organisation in der Kriegszeit in weitgehendster Weise für ihre Mitglieder gesorgt habe, so durch eine außerstatutarische Arbeitslosenunterstützung wie auch durch Unterstützung der Angehörigen unserer Kriegsteilnehmer. Den später aus dem Kriege wieder in das Erwerbsleben zurückkehrenden Mitgliedern unserer Organisation bleiben ihre Rechte an den Verband ungeschmälert erhalten. Ihnen wird die Kriegszeit als Mitgliedschaft angerechnet. All dieses muß daher jeden denkenden Kollegen veranlassen, seiner Verbandspflicht voll zu genügen. Der Ernst der Zeit erfordert gebieterisch, daß jeder einzelne seinen Mann steht. Sobann ging Redner noch auf die Agitation im besonderen ein und gab auch hier mancherlei Anregungen. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. In der folgenden Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, wurde besonders hervorgehoben, daß sich alle Kollegen recht rege an der Agitationsarbeit beteiligen möchten.

Ladlerer.

Königsberg i. Pr. Daß es auch in der Kriegszeit und unter dem sogenannten Burgfrieden bei gutem Willen möglich ist, Lohnverbesserungen zu erzielen, haben die Verhandlungen für die Ladlerer im hiesigen „Antonbetrieb“ bewiesen. Der Lohnvertrag, der April abließ, wurde in der Weise neugeregelt, daß auf alle bisher gezahlten Löhne ein Zuschlag von 7 1/2 pro Stunde zugewilligt wurde. Einige Zeit vorher gelang es diesen Kollegen bereits, bei Verlegung des Betriebes eine Zulage von 8 1/2 pro Stunde durchzusetzen, so daß mithin eine Lohnerhöhung von 10 1/2 für die Arbeitsstunde herausgekommen ist. Gewiß eine sehr zu begrüßende Aufbesserung ihrer Lebenslage. Eigentlich wohl nur ein Ausgleich für die kolossal in die Höhe geschraubten Lebensmittelpreise. Auch in diesem Falle hat nur die straffe Organisation der dort beschäftigten Kollegen es vermocht, den Widerstand des Unternehmers zu brechen und ihn für friedliche Verhandlungen geneigt zu machen. Also auch hier wiederum: „Einigkeit macht stark!“

Gewerkchaftliches.

Krieg und Streik. Wohl am auffallendsten zeigt sich die Wirkung des Krieges in der Statistik der Streiks und Aussperrungen. Die Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs bringen im ersten Heft des neuen Jahrgangs die vorläufige Uebersicht der amtlichen Statistik. Danach waren im vierten Vierteljahr 1914 im ganzen 24 Streiks gegen 245 in derselben Zeit des Vorjahres zu verzeichnen. 25 Betriebe mit 4074 Beschäftigten waren von den Streiks betroffen, gegen 1076 Betriebe mit 40 759 Beschäftigten im Vorjahre. An Aussperrungen ist nur eine, und zwar im Handeltsgewerbe, vorgekommen, in einem Betriebe mit 24 Beschäftigten, während im vierten Vierteljahr 1913 17 Aussperrungen in 41 Betrieben mit 5208 Beschäftigten verzeichnet sind.

Arbeiterversicherung.

Arbeitslosenfürsorge. Als mit Kriegsausbruch die Arbeitslosigkeit einen großen Umfang annahm, mußten die Reichsregierung, die Einzelstaaten und die Gemeinden Mittel und Wege suchen, um den Arbeitslosenstrom in richtige Bahnen zu lenken und um die Arbeitslosen zu unterstützen, die in Not gerieten. Die Reichsregierung stellte sich anfänglich auf den Standpunkt, daß den Arbeitslosen nicht durch unmittelbare Unterstützung, sondern durch Arbeitsgelegenheit geholfen werden soll; dieser Grundsatz mußte bis zur Grenze des Erreichbaren durchgeführt werden. Auf einen größeren Teil der Arbeitslosen war dieser Grundsatz jedoch nicht anwendbar, da die Wiederbelebend der Warenherzeugung und die Warenausfuhr auf große Schwierigkeiten stießen, Mangel an Rohstoffen vorlag und Verkehrs- und Kreditverhältnisse vorhanden waren. Für Rotstandsarbeiten, die von der Regierung und den Gemeinden in großem Umfange aufgenommen wurden, eignen sich viele Arbeiter nicht, auch war es nicht angängig, die Arbeitslosen an die Armenpflege zu verweisen. So blieb nur übrig, die Arbeitslosen durch eine besondere Fürsorge, durch Darunterstützungen und Abgabe von Naturalien über Wasser zu halten.

Ein Teil der Gemeinden, auch einige Provinzialverwaltungen und Versicherungsanstalten hatten diese Notwendigkeit bald erkannt und richteten eine Arbeitslosenfürsorge ein. Die Reichsregierung konnte sich lange nicht dazu entschließen, in dieser Richtung tatkräftig einzuschreiten. Als sich endlich die Erkenntnis Bahn brach, daß die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit nicht genügte, um den Arbeitslosen zu helfen, wurde den Gemeinden die Durchführung einer Arbeitslosenfürsorge empfohlen. Eine größere Zahl der Gemeinden richtete eine Arbeitslosenfürsorge aber erst ein, als das Reich und einzelne Bundesstaaten Zuschüsse zu diesem Zweck leisteten.

Die Reichsregierung hätte einheitliche Bestimmungen über Art und Dauer der Arbeitslosenfürsorge, über die Höhe der Unterstützungen, über die Bezugsbedingungen, die Voraussetzungen zum Unterstützungsbezug usw. in den Gemeinden erzielen können, wenn sie besondere Grundsätze über diese Punkte aufgestellt hätte. Die Regierung hat dies den Bundesstaaten überlassen; die Befanntgabe von Grundsätzen erfolgte aber — mit Ausnahme von Sachsen — zu spät. Diese Mängel in Verbindung mit den unsozialen Ansichten in einem Teil der Gemeinden ergaben für die Arbeitslosenfürsorge eine große Zerfahrenheit.

Nur wenige Gemeinden haben einheitliche Bestimmungen geschaffen, fast jede Gemeinde hat andere Grundsätze aufgestellt. Dadurch ist eine Uebersicht über die geschaffenen Einrichtungen fast unmöglich.

Das „Reichsarbeitsblatt“ und die Mitteilungen der Zentralstelle des deutschen Städtebundes haben zwar einige Artikel über die Arbeitslosenfürsorge seit Ausbruch des Krieges gebracht; auch einige andere Zeitschriften brachten von Zeit zu Zeit einschlägige Notizen. Ferner wurden von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im September 1914 und im Januar 1915 Erhebungen über die Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden veranstaltet, deren Ergebnisse im „Korrespondenzblatt“ der Gewerkschaften bekanntgemacht wurden.

In einer Zeitschrift kann naturgemäß eine so umfangreiche und verwickelte Angelegenheit nicht erschöpfend dargestellt werden. Es ist daher freudig zu begrüßen, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Arbeitslosenfürsorge in einem (224 Seiten starken) Buch behandelt hat. Die Schrift bespricht einseitig den Stand der Arbeitslosenversicherung vor dem Kriege und die Bemühungen, die den Forderungen der Arbeiter auf Ausbau der Arbeitslosenfürsorge entgegenstanden. In erschöpfender Weise wird dann dargelegt, was nach Ausbruch des Krieges vom Reich, von den einzelnen Bundesstaaten, von den Versicherungsanstalten und von den Gemeinden zur Bänderung der Not der Arbeitslosen geschehen ist. Die Fürsorge der Gemeinden wurde im Hinblick darauf, daß diesen die Hauptaufgabe in der Arbeitslosenfürsorge zugeschoben wurde, besonders eingehend behandelt. Tabellen erleichtern die Uebersicht über die Art und die Höhe der Unterstützungen und ein Anhang enthält die Grundsätze über die Arbeitslosenfürsorge von 161 Gemeinden, die Grundsätze des deutschen Städtebundes und die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zur Arbeitslosenversicherung.

In einem besonderen Abschnitt wird die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge besprochen, von denen seit Kriegsausbruch bis Ende Januar 1915 rund 18 Millionen Mark Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wurden. Weitere Kapitel behandeln die Anrechnung der Gewerkschaftsunterstützungen auf die Unterstützung der Gemeinden, die Arbeitslosenfürsorge in Groß-Berlin und in den 48 Großstädten des Reiches.

Die der Schrift angefügten Grundsätze und Bestimmungen über die Arbeitslosenfürsorge in den Gemeinden geben eine gute Uebersicht über die Art der gemeindlichen Fürsorge und sind ein wertvolles und belehrendes Nachschlagematerial. Das Buch füllt eine lebhaft empfundene Lücke aus und wird sicher von jedem, der sich mit sozialpolitischen und kommunalen Fragen befaßt, freudig begrüßt werden.

Noch einmal die Kriegswochenhilfe. Nach den bisherigen Erfahrungen kommen die Frauen, die Anspruch auf die Kriegswochenhilfe erheben wollen, meist ohne die nötigen Papiere zur Krankenkasse. Dadurch muß sich aber naturgemäß die Auszahlung der Unterstützung verzögern. Wir wollen deshalb kurz einige Vorbedingungen für die Erlangung der Kriegswochenhilfe benanntgeben.

Die Krankentassen zahlen nur dann Unterstützungen aus, wenn entweder der Mann oder die Frau oder beide Krankentassenmitglieder sind respektive bis zum Eintritt in den Heeresdienst waren. Als Papiere sind beizubringen:

1. Der Nachweis, daß der Mann Kriegsteilnehmer ist, der ohne weiteres auf Verlangen von den Stellen schriftlich gegeben wird, die die Kriegsunterstützung auszahlen;
2. die Heiratsurkunde;
3. das Krankentassenbuch oder die Mitgliedskarte der Krankenkasse. Gehörte der Mann innerhalb eines Jahres vor Eintritt in den Heeresdienst mehreren Krankentassen an und war er unmittelbar sechs Wochen vorher nicht hintereinander Mitglied ein und derselben Krankenkasse, dann sind die Mitgliedsbücher aller Tassen mitzubringen; für diese Fälle empfiehlt sich auch die Beibringung der letzten Invaliden-Quittungskarte;
4. ist die Frau Krankentassenmitglied, muß sie auch ihr Mitgliedsbuch beibringen.

Wir können nur wieder dringend raten, mit diesen Papieren bereits einige Zeit vor der Entbindung die Krankenkasse aufzusuchen und den Anspruch anzumelden. Nach der Geburt des Kindes ist dann nur noch die Geburtsurkunde des Kindes der Kasse einzureichen. Nur wenn in dieser Weise verfahren wird, kann die Auszahlung der Unterstützung sofort nach der Entbindung erfolgen.

Ledige Wöchnerinnen müssen an Stelle der Heiratsurkunde den Nachweis erbringen, daß der Vater des Kindes die Vaterchaft anerkennt. Wird für das Kind Kriegsunterstützung gezahlt, genügt der Nachweis hierfür. Im andern Falle mußte eine von dem militärischen Vorgesetzten beglaubigte schriftliche Erklärung des Vaters des Kindes beibringt werden.

Gleichzeitig wollen wir noch einmal darauf hinweisen, daß auch Nichtkriegerfrauen, die aber Rassenmitglieder sind und nach dem Statut Anspruch auf Wochenhilfe haben, während des Krieges die höheren Leistungen der Kriegswochenhilfe erhalten. An Stelle des hier vorgesehenen Wochengeldes tritt in solchen Fällen das sachungsgemäße Wochenlohn der Kasse.

Da die Unkenntnis über die Bestimmungen der Kriegswochenhilfe erstaunlich groß ist, empfehlen sich immer wieder Hinweise auf diese.

Sozialpolitisches.

Bäder- und Anstaltsfürsorge für Kriegsteilnehmer. In der Öffentlichkeit ist bisher über alle Maßnahmen zur Fürsorge für die verwundeten und kranken Kriegsteilnehmer eingehend berichtet worden. Nur einer wichtigen Arbeit wurde bisher wenig gedacht: der endgültigen Wiederherstellung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit erkrankter und verwundeter Kriegsteilnehmer durch Bäder- und Anstaltsfürsorge, wie sie das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz nach einem großangelegten Plan anstrebt.

Gewiß hat das Militärmedizinalwesen sorgfältige Anordnungen getroffen, in welcher Weise mit den aktiven Kranken und verwundeten Kriegsteilnehmern während der Behandlung in den Lazaretten zu verfahren ist.

Es muß aber schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß es besonders nach dem Friedensschluß eine große Aufgabe sein wird, für die aus dem Heeresverbande entlassenen (inaktiven) Kriegsteilnehmer alle jene Einrichtungen zu schaffen, die auch ihnen die wertvollen Schätze unserer Heilbäder, Luftkurorte und orthopädischen Heilanstalten in weitestem Umfange zugänglich machen.

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz hat diesen Gedanken zuerst in die Tat umzusetzen gesucht und in einer besonderen Abteilung, der neben Mitgliedern der Reichs- und Staatsbehörden, Ärzten, Parlamentariern aller Parteien usw. auch bekannte Führer der Arbeiterbewegung angehören, die eingehendsten Vorbereitungen getroffen zur Lösung dieser schwierigen Aufgabe, bei der auch das Reich sicherlich mitarbeiten wird.

Dieser neue, umfassend organisierte Zweig der sozialen Kriegswohlfahrtspflege wird unsern tapferen Kriegern nicht nur Gesundheit und Lebensfreude bringen, sondern sie als vollwertige und arbeitstüchtige Glieder unserer Volksgemeinschaft erhalten.

Genossenschaftliches.

Das Geschäft der Volksfürsorge nimmt den durch den Krieg bedingten schleppenden Fortgang; aber es geht doch noch besser, als man im Vergleich zu andern Gesellschaften bei den für die Arbeiterschaft unsicheren Verhältnissen erwartete.

Vom Ausland.

Die niederländischen Gewerkschaften haben sich während der Kriegskrise, die die schlimmste wirtschaftliche Depression darstellt, die das Land je traf, nicht nur vollständig in ihrer Mitgliederzahl gehalten, sondern sie ist sogar, nach einem anfänglichen kleinen Rückgang, wiederum gestiegen.

Fachtechnisches.

Ausfuhrverbote für das Deutsche Reich. Eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 15. April 1915 verbietet die Ausfuhr folgender Waren: Gelbe und andere Schuhwische, Bohnermasse aus Wachs oder Kerolin mit Zusatz von Terpentinöl, ferner Pulvermittel, unter Verwendung von Fetten, Ölen hergestellt, ferner Blei-, Zink-, Lithoponweiß, Eisenmennig mit Öl angerieben.

Eine weitere Bekanntmachung vom 20. Mai verbietet die Ausfuhr und Durchfuhr von Desfernissen, Weingeistfirnissen, Schellackfitt und alle übrigen Erzeugnisse der Zolltarifnummern 341 und 342, also Firnisfäb und Standöl, Bogelkeim aus eingedicktem Leinöl.

Verbot von Giftfarben. Die Giftigkeit tetrachloräthanhaltiger Lacke wird von Gewerberat Dr. Jung in Berlin im „Zentralblatt für Gewerbehygiene“ einer Erörterung unterzogen. Diese Lacke werden besonders in Flugzeugfabriken verwendet und diese Verwendung hat mehrfach Erkrankungen und sogar Todesfälle nach sich gezogen.

Nach der „Farbenzeitung“ wird berichtet, daß der britische Regierungsansatz zur Untersuchung der Gefahren bei Verwendung von weißen Bleifarben vorschlägt, Einfuhr, Verkauf und Verwendung von Farbswaren, die mehr als 5 pSt. Trockengewicht von einer löslichen Bleiverbindung enthalten, zu verbieten. Ausnahmen sollen nur für gewisse Farbklassen, unter anderem für Künstlerfarben, zugelassen werden.

Jahre nach dem Datum dieses Berichts in Kraft treten solle. W. G. Sutherland, Sekretär des Nationalverbandes der Maler und Dekorateur und Ausschubmitglied, ist mit diesen Vorschlägen seiner Kollegen durchaus nicht einverstanden und wünscht die Annahme besonderer Vorarbeiten, zunächst versuchsweise für fünf Jahre, um erst ihre Wirkung festzustellen.

Fachliteratur.

Die Fabrikation der Cellulose und Sulfate. Anleitung zur Herstellung sämtlicher Cellulose und Sulfate, nebst einer Einführung in die Chemie und in die qualitative und quantitative chemische Analyse. Mit 18 Abbildungen. Für die Praxis bearbeitet und theoretisch erläutert von Erich Stodt. 25 Bogen. Oktav. Geheftet M. 5, gebunden M. 8,80. U. Hartlebens Verlag, Wien I, Singerstraße 12.

Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW 68 ist soeben erschienen: „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg“. Von Dr. Eduard David, M. d. R. Preis M. 2. Der reiche Inhalt des Buches gruppiert sich nach folgenden Kapiteln: Unsere Erklärungen im Reichstag und ihre Befristung durch die sozialdemokratische Volksmasse. Was wir immer betont haben. Konnte die Sozialdemokratie den Krieg verhindern? Die Ursachen des Krieges. Die diplomatische Schuldfrage. Die Größe der Gefahr. Die Stellungnahme der Sozialisten in den Weststaaten. Die russische Politik und Theorie. Nation und Internationale. — Im Vorwort weist der Verfasser die Auffassung zurück, als ob die Zustimmung zu den Kriegskrediten ein Bruch mit sozialdemokratischen Grundgedanken bedeute.

Sterbetafel.

Mainz. Am 29. Mai verstarb plötzlich unser altes Mitglied, Elinor Walzer Gäh, Vertrauensmann der Zahlstelle Breitenheim, im Alter von 34 Jahren.

Hürnberg. Am 31. Mai starb durch Verbrennung an der Stromleitung unser treuer Kollege Karl Schmeißer, geboren am 4. Dezember 1880 in Schopfloch.

Vereinsteil.

Bekanntmachungen.

Bericht der Hauptkassse vom 31. Mai bis 5. Juni.

Eingekandt wurden für die Hauptkassse: Königsberg M. 500, Rostock 300, Cuxhaven 80, Regensburg 100.

Grosses Sparsystem

zum Bezug von wenig getragenen Herrschaftskleidern!

Ich empfehle Jedermann, sich ohne Verbindlichkeit meinen grossen illustrierten Katalog über

Herrnkleider, vom besten Publikum stammend, kostenlos und portofrei kommen zu lassen.

Anzüge in allen Formen Mk. 12,- bis Mk. 45,-

Ueberzieher und Ulster „ 6,- „ 40,-

Hosen „ 3,- „ 12,-

Jede, auch die kleinste Bestellung wird sorgfältig ausgeführt! Für nicht gefallende Waren sende ich anstandslos das Geld zurück.

L. Spielmann,

Versandhaus für wenig getragene Kavalerkleider, München 113, Gärtnerplatz 1 u. 2.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, D = Duplikatmarken, E = Eintrittsmarken, F = Futterale, V = Vorlässe, K = Kalender): Bielefeld 200 B à 70 A. Bremen 1 K. Celle 400 B à 80. Düsseldorf 5 K. Dresden 3 K. Gärlich 100 B à 10, 5 K. Greifswald 5 K. Hannover 1 K. Hirschberg 200 B à 70. Kiel 100 B à 10. Leipzig 2000 B à 80. Marburg 400 B à 70, 400 V à 50. Posen 400 B à 80. Weiswasser 100 B à 110, 3 K. Wilhelmshaven 1 K.

Extramarken à 25 A haben erhalten: Bremen 400, Gärlich 100, Lüdenscheid 100.

Die Woche vom 18. bis 19. Juni ist die 24. Beitragswoche. G. Wenzler, Kassierer.



Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

Chaubert, Alex, Mitglied der Filiale Mainz, geb. am 8. 12. 94 zu Mainz, seit 27. 4. 18 im Verband, fiel in Frankreich.

Glabe, Adolf, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 18. 2. 79 zu Breslau, seit 5. 6. 14 im Verband, fiel in Rußland.

Gondorf, Johann, Mitglied der Filiale Düsseldorf, geb. am 20. 5. 88 zu Neuß, seit 15. 8. 14 im Verband, fiel in Frankreich.

Gondorf, Peter, Mitglied der Filiale Düsseldorf, geb. am 22. 5. 84 zu Gohlscheid, seit 12. 4. 14 im Verband, fiel in Frankreich.

Göbelein, Georg, Mitglied der Filiale Nürnberg, geb. am 21. 6. 85 zu Stadeln, fiel in Frankreich.

Heil, Philipp, Mitglied der Filiale Mainz, geb. am 8. 3. 76 zu Mainz, seit 17. 4. 10 im Verband, fiel in Frankreich.

Helfer, Karl, Mitglied der Filiale Leipzig, geb. am 21. 9. 81 zu Leipzig, seit 9. 8. 1900 im Verband, fiel in Frankreich.

Hesse, Fritz, Mitglied der Filiale Erfurt, geb. am 27. 7. 89 zu Lambach, seit 20. 12. 08 im Verband, fiel in Frankreich.

Klippel, Adolf, Mitglied der Filiale Düsseldorf, geb. am 6. 4. 88 zu Düsseldorf, seit 24. 11. 10 im Verband, fiel in Frankreich.

Kurek, Karl, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 17. 7. 88 zu Kgl. Neuborf, seit 1. 8. 18 im Verband, fiel in Frankreich.

Mende, Otto, Mitglied der Filiale Erfurt, fiel in Rußland.

Müller, Carl, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 2. 5. 70 zu Nieder-Schönhausen, seit 8. 8. 08 im Verband, fiel in Rußland.

Oesterlin, Willi, Mitglied der Filiale Sörrach, geb. am 2. 2. 91 zu Walderhausen, seit 1. 11. 08 im Verband, fiel in Frankreich.

Pferstorf, Friedrich, Mitglied der Filiale Erfurt, geb. am 20. 1. 79 zu Lambach, fiel in Frankreich.

Plöck, Anton, Mitglied der Filiale Nürnberg, geb. am 26. 6. 82 zu Meyer, fiel in Frankreich.

Schnelle, Karl, Mitglied der Filiale Berlin, geb. am 1. 8. 85 zu Sudershausen, seit 6. 4. 08 im Verband, fiel in Rußland.

Stolle, Magnus, Mitglied der Filiale Oldenburg, seit 10. 5. 08 im Verband, fiel in Rußland.

Sunnetwald, Otto, Mitglied der Filiale Erfurt, fiel in Frankreich.

Wett, Anton, Mitglied der Filiale Mainz, geb. am 22. 2. 86 zu Rostheim, seit 18. 10. 07 im Verband, fiel in Frankreich.

Ehre ihrem Andenken!

Junger Malergehülfe

sofort gesucht. A. Niemeyer, Riemslöh.

Schrift-Guteil-Apparat, schnell und sicher. Preis A. 1,50. Bürsch, innerh. 20 Tagen. G. Riekmann, Hamburg 22, Zeitmannstr. 8.

Farben — Lacke

Bronze — Gold — Vinsel — Schablonen — Arbeitskleider — alle Malerartikel — Schriftenhefte empfangt billigst in anerkannt tadelloser Qualität. Man verlange Preis.

G. Job, Nürnberg 5, Eichelgasse 13.

Malerei-Mantel

110, 120, 130 cm lang. Dosen, Drell-Jacken, Drell-Dosen, Mützen, Kessel-Jacken. Oberweiten bitte angeben. D. Wurzel & Co., Berlin, Bräunerstraße 18, 1. Et.

Der heutigen Nummer liegt Nr. 23 des „Correspondenzblattes“ bei.